

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 21. Mai 2011

KOLUMNE

Demografischer Wandel wird zur Wachstumsbremse

In dieser Woche schreckten die Wirtschaftsweisen uns Deutsche mit der Botschaft auf, dass wir uns langfristig auf ein Renteneintrittsalter von 69 Jahren einzustellen hätten. Denn eine Gesellschaft, in der die Menschen statistisch immer gesünder immer älter werden, gleichzeitig aber die Zahl der Erwerbstätigen wegen des seit Jahrzehnten andauernden Geburtenrückgangs stark absinkt, könne die Pensions- und Rentenlasten nur mit einer parallel steigenden Lebensarbeitszeit schultern.

Das hören die meisten Bürgerinnen und Bürger nicht gern. Denn nichts ist uns Deutschen so heilig wie möglichst viel Urlaub und ein möglichst frühes Ausscheiden aus der Erwerbsphase. Nach wie vor ist die bereits seit Jahren im Gesetzblatt stehende Rente mit 67, die erst ab dem kommenden Jahr tatsächlich in kleinen Schritten beginnt und erst im Jahr 2029 (!) endgültig vollzogen sein wird, außerordentlich unpopulär. Gewerkschaften und Sozialverbände stimmten nicht ohne Resonanz deshalb in dieser Woche ihre alten Protestgesänge an.

Viele Deutsche hörten da doch lieber die Kritik der Bundeskanzlerin an der mangelnden Arbeitsproduktivität der Südeuropäer. Sie reisten zu viel und gönnten sich einen zu frühen Ruhestand! Angela Merkel bemüht Ressentiments, weil sie im Augenblick um die eigene Parlamentsmehrheit für den dauerhaften europäischen Stabilitätsmechanismus im Parlament fürchten muss. Der Ärger in der FDP- und Unionsfraktion über die sündhaft teuren Transfers zur Rettung der Euroländer Griechenland und Portugal ist verbreitet, auch in der Bevölkerung – und zwar weit über das Wählerspektrum des konservativ-liberalen Bürgertums hinaus.

Doch wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Tatsächlich gehen die beamteten Staatsdiener in Deutschland im Schnitt mit 60,2 Jahren in Ruhestand und auch das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt bei 61,7 Jahren. Beide Zahlen liegen also durchaus signifikant unter dem aktuellen Renteneintrittsalter von 65 Jahren. Und mit unseren verbrieften Urlaubsansprüchen liegen wir Deutschen in allen statistischen Vergleichen stets auf den vorderen Plätzen.

Nicht umsonst gelten wir als Reiseweltmeister. Da sollte nicht einmal der Stammtisch über andere lästern, erst recht nicht eine sonst kaum zu Populismus neigende Bundeskanzlerin.

Doch unpopulär, aber nichtsdestotrotz richtig ist auch eine andere Botschaft der Wirtschaftsweisen: Der Verzicht auf Zuwanderung würde Deutschland Wohlstand kosten. Denn selbst bei einer unterstellten

Zuwanderungsrate von 100000 Personen pro Jahr sinkt die Zahl der Einwohner in den kommenden fünfzig Jahren um etwa 17 Millionen oder gut 20 Prozent auf 65 Millionen Menschen. Gleichzeitig reduziert sich aber die Zahl der Arbeitskräfte wegen der Al-

terung der Gesellschaft um sage und schreibe 30 Prozent. Das führt nach der Expertise der Wirtschaftsweisen im längerfristigen Trend beinahe zu einer Halbierung der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten: von bisher 1,5 Prozent auf nur noch 0,7 bis maximal Prozent.

Neben der Zuwanderung entscheiden drei andere Kriterien über die künftige volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit: das beschriebene Renteneintrittsalter, die Erwerbsbeteiligung von Frauen und die Entwicklung der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit. Wenn an diesen drei Baustellen keine Veränderungen vorgenommen werden, reduziert sich das Wachstumspotential Deutschlands um ein weiteres halbes Prozent.

Auch wenn diese Zukunftsbetrachtung so gar nicht ins Bild des zum „Wirtschaftswunderland“ apostrophierten Deutschland des Jahres 2011 passt: Gerade im konjunkturellen Hoch sollte eine vorausschauende Politik die Weichen für den langfristigen Wohlstand stellen. Je früher auf die unaufhaltsamen Veränderungen reagiert wird, desto weniger einschneidend – im Wortsinn – müssen sie sein. Und die globalen Wirtschaftsaussichten sind bei weitem nicht so rosig, wie sie in der deutschen Momentaufnahme wirken: Japan steckt in der Rezession, die amerikanische Volkswirtschaft schwächelt noch immer und auch für Europa insgesamt sagt die OECD nur ein schwaches Wachstum voraus.

